Heute „Technische Rundschau" — Morgen-Ausgabe — Einzelnummer 70 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illust. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Volksblatt „UHK". Sonnabends „Haus Hof Garten". Man abonniert bei d. Postanstalt, Deutschlands, Danzig-Oesterreichs, d. Tschechoslowakei, Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, Frankreichs, d. Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; f. alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Für den Monat Januar in Groß-Berlin M. 2000.— frei Haus, außerh. M. 2000.— ausschl. Postzustellg., Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. Zu Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berlibla", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Insertionspreis: Die 32gespalt. Zeile M. 700.—, Familien-Anzeigen M. 350.—, Nachrufe nach üblich. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmten Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Kurfürstdm. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hertzstiensplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Borowstr. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 53; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 31/32; Coperni: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Berlichstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 33; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 27 (Ausgabe für Berlin) — und Handels-Zeitung — Mittwoch, 17. Januar 1923 — 52. Jahrgang

Der Widerstand des Ruhrgebietes.

Die „letzte" Aufforderung Degoutes an die Zechen.

Die Konferenz in Düsseldorf. — Die Aufforderung an die Arbeitervertreter.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Düsseldorf,** 16. Januar.

Auf Befehl des Generals Degoutte hatte, wie gemeldet, der Regierungspräsident Grützner die Zechenvertreter sowie die Vertreter der Arbeitnehmer heute nachmittag zu einer Sitzung mit der interalliierten Kohlenkontrollkommission nach Düsseldorf eingeladen. Seitens der Zechen waren erschienen: Vertreter der Firma Thyssen, Mannesmann, Rheinstahlwerke, Krupp, Essener Steinkohle, Stinnes, Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft und Gute Hoffnung-Hütte. Von den Arbeitnehmerverbänden waren anwesend: Die freien Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und Vertreter der Union der Hand- und Kopfarbeiter; die letzteren waren auf direkte Einladung der interalliierten Kohlenkontrollkommission erschienen. Es fanden zwei getrennte Sitzungen statt, eine mit den Zechenvertretern und eine mit den Arbeitervertretern.

Die Besprechungen mit den Zechenvertretern nahmen folgenden Verlauf: General Simon gibt folgenden Befehl des General Degoutte bekannt:

„Nachdem die Besitzer der Bergwerke am 13. Januar zugestimmt haben, die Kohlenlieferung am 15. Januar wieder aufzunehmen, haben Sie sich auf Veranlassung Ihrer Regierung geweigert, die Versendung nach Frankreich und Belgien fortzusetzen, auf welche diese Mächte in Ausübung der Entscheidung der Reparationskommission Anspruch haben. Unter diesen Umständen habe ich den Auftrag, Ihnen zu wiederholen, daß die Ihnen erteilte Anweisung des Reichskohlenkommissars den Anordnungen der Besatzungsbehörde keinen Abbruch tun kann. **Deshalb wiederhole ich zum letzten Male, daß Sie von morgen früh ab die Versendung wieder aufnehmen müssen, gemäß dem erteilten schriftlichen Befehl. Ich füge hinzu, daß als erste Sanktion gegen das Lieferungsverbot Ihrer Regierung die Besetzung von Dortmund heute früh ausgeführt wurde. Wenn Sie auf Ihrer jetzigen Weigerung beharren, werden weitere Sanktionen folgen."**

General Denvignes: Im Anschluß an diese eben verlesene Verfügung würde General Degoutte sofort Befehl geben können, die Lieferungen wieder aufzunehmen unter Anwendung von Zwangsmitteln. Die großen Gesellschaften wie Krupp, Stinnes, Thyssen, Mannesmann und andere große Werke, welche den Reichtum dieses Landes in Händen haben, würden sich bei Weigerungen großen Sanktionen aussetzen. Ich lasse den einzelnen Vertretern der hier anwesenden Werke den Befehl schriftlich zugehen.

Regierungspräsident Grützner: Ich möchte zunächst einige Fragen an General Degoutte richten und dann einige Ausführungen über die wirtschaftliche Lage machen, wie sie sich herausgestellt hatte infolge der jetzigen Verhältnisse.

General Denvignes: Der Herr General Degoutte hat den Auftrag gegeben, Ihnen diesen Befehl mitzuteilen; wenn Sie Fragen zu stellen haben, so kann das außerhalb dieser Sitzung geschehen.

Regierungspräsident Grützner: Die Wirtschafts- und Ernährungslage ist in den letzten Tagen eine äußerst kritische geworden. Außerdem, das muß ich an dieser Stelle vorbringen, ist mir der Befehl erteilt worden, die Fabrikanten von Elberfeld und Barmen einzuladen, obgleich diese Orte gar nicht besetzt sind.

General Simon: Die Sitzung ist geschlossen und es wird gebeten, die Vertreter der Arbeiterverbände zu hören.

Der Vertreter der Guten Hoffnungshütte bittet, eine Erklärung abgeben zu dürfen.

General Simon erklärt, er habe den Herren nichts weiter zu sagen.

Regierungspräsident Grützner: Ich würde es doch für zweckmäßig halten, dem Vertreter der Guten Hoffnungshütte das Wort zu erteilen.

General Simon: **Wir haben nur Befehle zu geben, aber keine Erklärungen entgegenzunehmen.**

Regierungspräsident Grützner fragt, ob der General nach der Sitzung den Vertreter der Guten Hoffnungshütte hören wolle.

General Simon: Das ist eine andere Sache, die man noch erwägen kann, vorläufig ist diese Sitzung geschlossen.

Die Besprechung mit den Arbeitervertretern nahm folgenden Verlauf, **General Denvignes** gab folgende Erklärung an die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen des Ruhrgebietes: „Ich bedaure feststellen zu müssen, daß die Industriellen die Lage noch zu verschlechtern suchen, die durch den bösen Willen der deutschen Regierung schon schwierig genug gestaltet wurde. Die Haltung derselben und die des Reiches hat das Einrücken der belgischen und französischen Truppen in das Ruhrgebiet notwendig gemacht, um endlich die Lieferungen der Kohle durchzusetzen, die uns auf Grund des Versailler Vertrages zustehen. Diese Lieferungen sollen nämlich die ungenügende Förderung der von der deutschen Armee zerstörten Bergwerke, die mehr als hunderttausend Arbeitern das Brot gaben, ausgleichen. Die Ankunft der Truppen hat jedoch nur den Zweck, die Tätigkeit der Ingenieure zu unterstützen, (!) welche die erforderlichen Maßnahmen ergreifen sollen, um die den Alliierten zustehenden Kohlen zu sichern. Keinesfalls wollen sie die wirtschaftliche Lage des Landes verwirren. (!) Die Besatzungsbehörde wird noch ihr möglichstes tun, damit die Arbeitsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter im besetzten Gebiet nicht durch einen Zustand erschwert wird, für den die Verantwortung einzig und allein den Industriellen und der Regierung zusteht."

Regierungspräsident Grützner: „Darf ich dazu eine Erklärung abgeben? In dem ersten Absatz wird gesagt, daß die Industriellen die Lage verschlimmert haben, die durch den bösen Willen der deutschen Regierung herbeigeführt wurde. Mit Rücksicht auf diese Erklärung ist es mir nicht möglich, an dieser Besprechung weiter teilzunehmen." **Der Regierungspräsident verläßt den Sitzungssaal.**

General Denvignes: „Die Truppen sind seit zwei Jahren in Düsseldorf eingerückt und während dieser Zeit hat die Besatzungsbehörde Unterhandlungen gepflogen mit den verschiedenen Arbeiterverbänden, mit den christlichen Gewerkschaften, Unionisten, Mehrheitssozialisten, freien Gewerkschaften usw. und hat mit all diesen Verbänden die besten Verbindungen gehabt, sie hat alle Wünsche entgegengenommen, die die Arbeiterschaft geäußert hat, und ihnen zu entsprechen versucht. Bevor die anwesenden Herren Düsseldorf verlassen, wird ihnen nahegelegt, sich bei allen diesen Verbänden zu informieren über das Verhältnis, welches sie zu der französischen Besatzungsbehörde gehabt haben. Der Zustand der Freiheit, den die Arbeiter in Düsseldorf gehabt haben, ist nicht zu vergleichen mit dem Zustand, den sie unter der früheren Regierung gehabt haben. (!) Die französische Besatzungsbehörde ist niemals der Feind der arbeitenden Bevölkerung gewesen. (!) Sie können sich davon selbst überzeugen wenn Sie bei den Vertretern der verschiedenen Gewerkschaften Nachfrage halten. In dieser Beziehung ist kein Dementi zu befürchten. Das ist alles, was ich Ihnen mitzuteilen habe. Die Sitzung ist geschlossen."

Damit waren die Besprechungen beendet; die Zechenvertreter sowohl wie die der Arbeitnehmer verließen den Sitzungssaal mit dem Ausdrucke der Entrüstung, daß man sie lediglich zur Empfangnahme eines Befehls nach Düsseldorf geholt und einen halben Tag lang produktiver Arbeit entzogen hätte.

Französisches Gerichtsverfahren gegen vier Zechendirektoren.

Düsseldorf, 16. Januar. (W. T. B.)

Fritz Thyssen wurde heute mittag vor den Generalstab des Brückenkopfes Düsseldorf geladen. Im Auftrage des Generals Degoutte erklärte General Simon ihm und den mit ihm geladenen Herren Generaldirektoren Kesten, Bergassessor Runge und Direktor Wüstenhöfer, daß sie, wenn sie bei ihrer ablehnenden Haltung blieben, von jetzt an unter gerichtlichem Verfahren stehen würden. Sämtliche Herren erklärten auf Befragen, daß sie bei ihrem bisherigen Standpunkt verbleiben müßten.

Essen, 16. Januar.

Wie wir hören, sollen die Bergwerksbesitzer Thyssen Wüsterhöfer (Zeche „König Wilhelm") und Kesten (Zeche „Dalburg") wegen Nichtlieferung ihnen aufgegebener Kohlenlieferungen von den Franzosen in den Anklagezustand versetzt werden. Man spricht auch von bevorstehenden Verhaftungen weiterer Persönlichkeiten.

Eine deutliche Antwort.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Essen, 16. Januar.

Heute versuchte eine Kommission, bestehend aus französischen Offizieren, die Zeche Sälzer-Neuack im Norden von Essen zu besichtigen. Der Betriebsrat erklärte hierauf, daß die **Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden, sie wollten nicht unter Bajonetten arbeiten.** Die französischen Offiziere verließen hierauf die Zeche.

Die Stimmung in Polen.

Polen vor der Finanzkatastrophe. — Die Nationalisten verlieren an Boden.

Von unserem Korrespondenten
Wilm Stein.

Angesichts der Vorgänge im Memelgebiet, der Haltung, die Sowjetrußland gegenüber der Ruhrbesetzung eingenommen hat, und der ganzen möglichen Rückwirkungen des französischen Gewaltstreiches dürften die nachstehenden Ausführungen über die Lage und die Stimmung Polens besonderes Interesse haben.

Die Redaktion.

∞ **Warschau,** 15. Januar.

Die Not bricht nicht nur Eisen, sondern sogar den polnischen Chauvinismus. Das Echo des französischen Vorgehens gegen Deutschland weicht von allem Gewohnten ab. Während man in früheren ähnlichen Situationen in Polen auf aktives Beteiligtwerden drängte, eiligst ausrechnete, wieviel Stunden die polnischen Ulanen von Bentschen bis Berlin brauchen, und erörterte, ob man sich an den „Sanktionen" erst in Oberschlesien oder erst in Ostpreußen beteiligen solle, gibt es diesmal nur in der Provinz versprengte Stimmen nationalistischen Größenwahns, die nach der „vollkommenen Erledigung Deutschlands" schreien — sonst aber kann man sich von rechts bis links des würgenden Gefühls nicht erwehren, daß der Vernichtung Deutschlands sehr rasch die völlige Vernichtung Polens folgen könnte. Infolgedessen kommt aus allen Partei- und Pressekundgebungen zur gegenwärtigen europäischen Situation ein Wunsch nach „Neutralität".

Es wäre verfehlt, diese Tatsache als Merkmal der Wandlung oder Gesundung des durchschnittlichen polnischen Denkens in Polen zu werten: lediglich die Not ist es die Polen seine gegenwärtige Haltung und Stimmung diktiert, die bitterste, nackte Not. Das Denken und Trachten in Polen drehte sich seit 1918 ausschließlich um machtpolitische, territorialpolitische Probleme: um Danzig, Oberschlesien, Wilna, Wolhynien, Ostgalizien, Teschen usw. Erst jetzt bricht sich ganz langsam die Einsicht Bahn, daß der politische Ehrgeiz und Machthunger Polen nicht davor geschützt haben, daß das polnische Wirtschaftsleben seit Entstehen der Republik unaufhaltsam abwärts sinkt und in ein moskowitisches Chaos zu versinken droht.

Die Vollendung des innerstaatlichen Aufbaues Polens durch die Präsidentenwahl — besudelt durch den chauvinistischen Präsidentenmord — ist die Stunde geworden, wo die Masse erkannt hat, daß dieser Aufbau sie nicht befriedigt. Man konnte durch vier Jahre allen Unwillen ablenken, indem man der nationalen Eitelkeit immer neue territoriale Ziele, immer weitere Grenzen zeigte — jetzt ist die polnische Republik summa summarum „fertig" und ihre Bevölkerung bekommt starke Bedenken dagegen sich weiterhin mit Worten von „unvermeidlichen Nöten der Uebergangszeit und des Staatsbaues" vertrösten zu lassen; sie ruft heute nicht nach einer Regierung, die deutsche oder tschechische oder litauische Gebiete annektiert — sondern nach einer Regierung, die die Wucherer ins Gefängnis steckt oder hängt und das Brot billiger macht. Von Anhalten und Ausbreitung dieser Stimmung hängt die Dauer der Sikorskischen oder irgendeiner anderen nach links orientierten Regierung ab: die nationalistischen Parteien sind von da an und so lange machtlos, wie die Mehrheit der Wähler sich nicht mehr durch chauvinistische Losungen und imperialistische Eroberungsziele über das Knurren des Magens hinwegtäuschen läßt.

Und der knurrt im eigentlichen und im übertragenen Sinne jetzt so laut, daß man trotz aller französischen Sympathien keinen Kriegsrat und keine Anstrengungen zu eventueller Beteiligung an den französischen Gewalttaten wünscht, sondern gespannt auf die Beschlüsse lauscht, die man im Belvedereschlößchen fassen wird. Wie man einen „Rat der Landesverteidigung" schuf als die Bolschewisten vor den Toren Warschaus standen, so hat man jetzt zum Staatspräsidenten einen „Rat" einberufen da die bolschewistischen Preise vor den Toren stehen: eine Konferenz aller bisherigen Finanzminister Polens, die einen „Plan zur Gesundung der Finanzen" schaffen soll.

Die Furcht vor der Finanzkatastrophe beherrscht Polen. Fünfeinhalb Billionen Mark ausländischer Schulden, an deren Verzinsung und Amortisation nicht zu denken ist, 79 Millionen Goldmark an Edelmetallbesitz, eine innere Verschuldung von reichlich 600 Milliarden, ein Notenumlauf von etwa 730 Milliarden — das sind einige der kühlen Ziffern, auf die ein Kursstand des Pfundes von 94 000, des Dollars von 20 000 quittiert. Gewiß, in Deutschland ist es augenblicklich nicht so sehr viel besser, noch weniger in Oesterreich und in Rußland ist es schlimmer; nur dort überall gibt es sozusagen „objektive Gründe" — während in Polen im wesentlichen die Ursachenfrage nur durch die Selbstanklage gegen die eigenen Wirtschaftskünste beantwortet werden kann. In Polen hat kein Bolschewismus die Wirtschaft vernichtet, Polen hat keinen Krieg verloren, Polen fehlen nicht die wirtschaftlichen Grundlagen zur eigenen Existenz, Polen trägt keine Reparationslasten. Sein finan-